

Initiativantrag

**der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten
betreffend
den Verzicht auf die Kofinanzierung durch die Bundesländer im Rahmen des Wohnbau-
Konjunkturprogramms**

Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung für einen Verzicht auf die festgeschriebene Kofinanzierung durch die Bundesländer im Rahmen des Wohnbau-Konjunkturprogramms einzutreten. Die Bundesmittel sollen ohne weiteren Finanzbeitrag den Bundesländern zur Verfügung gestellt werden.

Begründung

Das Wohnbau-Konjunkturprogramm des Bundes (BGBl. I Nr. 165/2013) normiert ein Modell der Kofinanzierung von Bund und Ländern. Oberösterreich müsste demnach für Bundesmittel in Höhe von bis zu 44,3 Millionen Euro selbst knapp über 100 Millionen Euro beisteuern. Diese Rahmenbedingung führt dazu, dass derzeit noch kein einziges Bundesland Finanzmittel aus dem Wohnbau-Konjunkturprogramm abgeholt hat. Für die Bundesländer sind die verlangten Eigenleistungen zu hoch, sie können folglich nicht in den Landesbudgets untergebracht werden.

Insgesamt besteht daher die Gefahr, dass aufgrund der geltenden Bestimmungen die Sonderfinanzmittel des Bundes für eine Stärkung der Wohnbauleistung von den Bundesländern nicht in Anspruch genommen werden. Das Ziel des Wohnbau-Konjunkturprogramms des Bundes wird somit voraussichtlich nicht erreicht werden. Die Bundesregierung soll daher die notwendigen Maßnahmen treffen, dass durch einen Verzicht auf die Kofinanzierung durch die Bundesländer zusätzlicher Wohnbau ermöglicht wird.

Linz, am 5. November 2013

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Steinkellner, Mahr, Nerat, Wall, Schießl, Lackner, Klinger, Cramer